

Neues aus dem Neckartal und aus der Region

DIE LINKE.

Ortsverband Rottenburg

September 2026

Hitzemaßnahmen für Rottenburg

Dieser Hitzesommer wird zum „neuen Normal“

In diesem Sommer haben wir bereits zwei große Hitzeperioden in unserer Region erlebt: Besonders ältere Menschen, Personen mit Erkrankungen und Kinder mussten darunter leiden. Das Robert-Koch-Institut zählte bisher rund 15.000 Hitzetote in Deutschland, die langfristigen (Folge-)Erkrankungen sind noch nicht bekannt. Viele Städte haben auf die Schnelle, wenn nicht schon vorausschauend, Hitzepläne entwickelt. 40 Organisationen, darunter DGB, Mieterbund, Fridays for Future, AWO, Greenpeace fordern in einem breiten Bündnis „naturbasierte Lösungen, Stadtentwicklung, Landwirtschaft und Gesundheitsversorgung“. Außerdem soll die Klimakrise als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankert werden, damit die Bundesregierung zusammen mit Ländern und Kommunen die umfassenden Aufgaben angeht und finanziert und nicht weiter Hitzefrei Siesta im macht. Besonders dringend sind Ventilatoren und Kühlmaßnahmen in Krankenhäusern, Pflegeheimen und anderen öffentlichen Einrichtungen, ihre Kosten werden auf 20 Milliarden Euro geschätzt. An ihrer Umsetzung wird sich zeigen, ob das Wohl der Bevölkerung oder der Profit der Konzerne in Berlin das Sagen hat!

Hitzepläne in vielen Städten

In Stuttgart verteilt ein Hitzebus Wasser, Sonnencreme und Mützen. In Städten wie in Viersan, Delmenhorst und Wittenberg (60 Stationen!) gibt es Refill-Stationen zum Auffüllen von Trinkwasser in Flaschen, oft unterstützt von Cafés, Restaurants und Arztpraxen. In Rottenburg geht Osiander am Marktplatz mit kostenlosem Trinkwasser voran. In Münster existiert ein „Mobiles Grünes Zimmer“. Kassel will sich zur „Stadt der 100.000 Bäume“ erklären, indem jedem Hausbesitzer ein kostenloser Baum auf seinem Privatgrundstück angeboten wird – 90.000 Bäume gibt es schon. Mannheim will jährlich 1.000 Bäume für ein verbessertes Mikroklima, die biologische Vielfalt und die seelische Gesundheit spenden. In Kassel werden neue, öffentlich zugängliche Trinkwasserbrunnen installiert, dasselbe wie in Mönchengladbach.

Und weiter:

Seite 3: Stuttgart 21

Seite 5: Krieg gegen Gaza

Seite 7: Neue Gaskraftwerke

Seite 11: Mietendeckel



>>>>>



Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Und für Rottenburg?

In seiner neuen Rathausrunde versucht Jörg Bischof (Grüne), die Bundesregierung mit ihrer Aussage „Hitze können wir nicht verhindern.“ lächerlich zu machen. Er selbst macht aber keinerlei konkrete Vorschläge, wie wir uns gegen die todbringende Hitze schützen können. Dabei hätte er nur die lange Liste des Deutschen Städtetages mit konkreten Maßnahmen anderer Städte anschauen müssen – davon könnten er und Rottenburg sich viel abgucken!

Kurzfristig benötigen wir kostenlose Trinkwasser-Auffüll-Stationen, besonders für ältere Menschen, für Kinder und für die vielen Fahrrad-Touristen, mittelfristig mehr als zwei öffentlich zugängliche Brunnen mit kontrolliertem Trinkwasser. Wichtig sind Ventilatoren für Beschäftigte und Kinder in Kitas, Schulen nach dem Ende der Sommerferien, und für Insassen in Pflegeheimen in Gemeinschaftsräumen. Ein großes Lob würden die Stadtwerke und die Stadtverwaltung erhalten, wenn sie künftig für die Sommerferien einen kostenlosen Zugang für das Freibad beschließen würden. In Frankfurt ist das seit Jahren der Fall. Die gesperrten Wasserfontänen im Schänzle haben gezeigt, wie viele Kinder damit zu begeistern sind!

Mittelfristig sollte die Stadt an besonders heißen Plätzen und Wohnvierteln Baumpflanzungen planen (z.B. Kreuzerfeld-Süd, Neubaugebiet DHL) und Hausbesitzern Bäume spendieren, wenn sie ihren steinernen Vorgarten klimagerecht umbauen würden. Dabei könnten ein Klimabeauftragter der Stadt beratend helfen.

Zwar besitzt unsere Stadt seit November 2025 ein Klimaanpassungskonzept (KLAK) mit drei Phasen.

Die Analyse (Modul 1) ist abgeschlossen, Modul 2

(Strategie) in Arbeit und Modul 3 (Beteiligung je nach „Betroffenheit“) wird erwartet. Zu den ‚zentralen Ergebnissen‘ gehört die Feststellung, dass die städtischen Grünstrukturen durch einen starken Rückgang gefährdet sind und jeder fünfte Baum bis zur Jahrhundertmitte „aufgrund schlechter Pflanzung, falscher Baumartenauswahl und zu wenig Wurzelraum“ nicht mehr leben wird. Hilft das in der aktuellen Situation weiter??? Das klingt sehr nach Verschiebebahnhof auf spätere Zeiten.

Klare Prioritäten

In einer aktuellen Reportage über die Situation des Wassers im Ländle gab es in der Landesschau eine klare Vorrangliste bei Wasserknappheit: Erst die Bevölkerung, dann die Landwirtschaft, um die Sicherheit der Versorgung mit Lebensmitteln für die Bevölkerung zu garantieren, und an dritter Stelle die Industrie (24.8.26), so Stefan Kerner, Vorsitzender des Bauernverbands Heilbronn-Ludwigsburg. Justus Hoffmann, der neue Chef der Stadtwerke Rottenburg (SWR), sieht keinen aktuellen Engpass beim Wasser. Nur durch den Bevölkerungszuwachs um 10 Prozent in letzten 30 Jahren müsse man sich mittelfristig Gedanken machen. Im Unterschied zu Tübingen wird unsere Stadt nicht mit Bodensee-Wasser versorgt, sondern zu 60 Prozent aus der Bronnbachquelle und zu 40 Prozent von der Ammertal-Schönbuchgruppe, der Gäuwasserversorgung und der Starzel-Eyach-Gruppe. Die 3.500 Kubikmeter Wasser pro Tag aus der Bronnbachquelle erfordern eine umfangreiche Aufbereitung durch Ozon mittels Filtern wegen des Nitrat- und Salzgehalts, um wie bisher Trinkwasser bester Qualität zu erhalten. Das 90 Quadratkilometer große Wasserschutzgebiet ist durchsetzt mit Muschelkalks und Lettenkeuper. Das dürfte auch für die oben genannten Vorschläge reichen!



Dafür tritt Die Linke ein

Die aktuelle Situation macht deutlich, dass Wasser die Lebensgrundlage für die Existenz von Mensch und Natur ist. Wasser ist ein All-gemeingut muss für jedermann frei und kostenlos zugänglich sein. Deshalb haben Mensch und Natur Vorrang vor aller privat-

wirtschaftlichen Nutzung von Wasser. Jede Person einschließlich Kindern muss einen kostenlosen Grundbedarf für Wasser bekommen. Wer darüber hinaus mehr Wasser benötigt oder benutzt, der muss auch mehr bezahlen. Dadurch könnten das Wassernetz (mit Depots und Druckbehältern) und die Filterung des Grundwassers zu Trinkwasser finanziert werden.

Stuttgart 21

Bahnchefin Palla und ihr geheimer Revisionsbericht

Schwere Fehler, Fehlplanungen, ständige Verzögerungen und Kostensteigerungen brachten Stuttgart 21 in die Schlagzeilen. Die neue Bahnchefin Evelyn Palla nahm sich der Sache an, um Ordnung in das Chaos zu bringen.

Palla, erst seit September 2025 im Amt, trägt keine Verantwortung für das bis dahin angerichtete Chaos und genoss somit als „unbeschriebenes Blatt“ einen gewissen Vertrauensvorschuss. Nachdem die DB noch im Oktober 2025 von einer Teileröffnung Ende 2026 ausging, zog schon einen Monat später Palla die Reißleine. Erst sollte eine umfassende interne Revision vorgenommen werden, so Palla bei der Sondersitzung des S21-Lenkungskreises am 15.12.2025. Mitte 2026 sollten dann das Ergebnis und ein neuer Fertigstellungstermin verkündet werden.

Bei den Projektgegnern löste Palla mit ihren Ankündigungen, alles auf links zu drehen und keinen Stein auf dem anderen zu lassen, die Erwartung aus, dass jetzt endlich Schluss sein würde mit Lügen und Faktenignoranz, dass jetzt endlich alles auf den Tisch käme über die Realität des Projekts. Allerdings sorgte ihr „volumfängliches“ Bekenntnis zu S21 incl. Pfaffensteigtunnel für alle absehbaren Hiobsmeldungen dieses nun fortgesetzten Alptrahms; es galt sie beim Wort zu nehmen, sie abzuschreiben, war noch nicht angesagt.

Doch Recherchen des SWR und des Manager-Magazins brachten schon frühzeitig niederschmetternde Insiderinfos aus dem Umfeld des DB-Aufsichtsrats zutage. Danach war u. a. von einer Inbetriebnahme des Tiefbahnhofs Ende 2031 und von drei Milliarden Euro Mehrkosten die Rede.

Sämtliche durchgesickerten Zahlen bestätigte Palla nun bei der Lenkungs-kreis-Sitzung am 26.06.2026: Der Tiefbahnhof werde Ende 2031 in Betrieb gehen; die Kosten steigen um weitere drei Milliarden auf insgesamt 14,5 Milliarden Euro. Nimmt man die Zusatzprojekte mit hinzu, entsteht ein Gesamtbetrag von 25 Milliarden Euro. In einer stufenweisen Inbetriebnahme sollen Erleichterungen für Reisende aber schon früher spürbar werden; der „Fernwanderweg“ soll Ende 2027 entfallen.

Doch was genau brachte nun die Revision zutage? Sie sei „erschüttert“ über die Ergebnisse, sagte Palla, diese seien sehr „ernüchternd“ und „frustrierend“ gewesen. Der Revisionsbericht zeige „gravierende Defizite in Planung, in Steuerung und auch im Risikomanagement“, etwas später spricht sie von „organisatorischen Defiziten in Prozessen und Kontrollen“, das bisherige Projektmanagement habe „nicht ausgereicht, um ein Projekt dieser Größenordnung zu steuern“.

Besonders betroffen macht, dass Bahnchefin Palla zwar wörtlich von „maximaler Transparenz und lückenloser Aufklärung“ gesprochen und schwere Fehler bei Stuttgart 21 eingestanden hatte, aber keine Einzelheiten und Verantwortliche nannte. Vielmehr äußerte sie, wegen Geschäftsgeheimnissen könne den Projektpartnern keine Einsicht in den Revi-

sionsbericht gewährt werden, einschl. dem Stuttgarter CDU-OB Nopper, der Planungssicherheit für die Bebauung des Rosensteinviertels benötigt.

Doch nach dem BGB bestehen Auskunftsrechte. Das Bundesverwaltungsgericht habe nämlich entschieden, das öffentliche Interesse an Stuttgart 21 sei so groß, dass es etwaige Geheimhaltungsinteressen der Bahn überwiegt und diese die Informationen herausgeben muss. Während es die S21-Projektpartner klaglos und in blindem Vertrauen auf die Bahn hinnehmen, dass ihnen wichtige Informationen vorenthalten werden, ist das Aktionsbündnis nicht bereit, sich so abspesen zu lassen. **Bündnissprecher Dieter Reicherter** hat nun direkt bei Bahnchefin Palla einen Antrag auf Informationszugang nach dem Umweltinformationsgesetz (UIG) gestellt.

Reicherter will seinen Schritt auch als Kritik am Versagen des S21-Lenkungskreises verstanden wissen. „Dieser Lenkungs-kreis lenkt längst nicht mehr. Er ist mutiert zu einem Ablenkungskreis oder Abnickkreis. Gern lässt man sich mit ein paar Folien das Projekt schönfärben“, so Reicherter. Die grundlegenden und ungelösten S21-Probleme dagegen scheinen in dem Bericht, soweit bekannt, nicht thematisiert worden zu sein. Fast könnte man von einem Gebetskreis sprechen, in welchem das Projekt vor dem endgültigen Scheitern gesundgebetet werden sollte.



Die DB hat dann am 06.08.2026 den Antrag auf Einsichtnahme zurückgewiesen mit der Begründung, die Arbeiten seien weit fortgeschritten und hätten keine Umweltauswirkungen mehr. An der Veröffentlichung des lediglich internen Berichts bestche

kein besonderes öffentliches Interesse. Dazu erklärt Reicherter: „Wenigstens hat die Bahn die gesetzliche Monatsfrist zur Entscheidung eingehalten und nicht – wie beim desaströsen Projekt – die selbst gesetzte Frist um fünf Jahre überschritten. Über die Rechtmäßigkeit der Ablehnung werden Gerichte entscheiden müssen, denn selbstverständlich werde ich Klage erheben.“

Was sonst noch geschah Steffen Bilger neuer Bundesverkehrsminister

Schnieder, zunächst wegen „Unfähigkeit“ als Bundesverkehrsminister entlassen, dann aber freiwillig zurückgetreten, folgt nun Steffen Bilger ins Amt. Der passt sehr gut ins Kabinett von Merz mit seinen Lobbyisten. Er war von Anfang an glühender Verfechter von S21 und hat den Pfaffensteigtunnel, früher „Bilgertunnel“ genannt, erfunden. Ihm wird u. a. Betrug bei der Kosten-Nutzen-Rechnung für seinen Tunnel vorgeworfen.

Auch wir bleiben am Ball, fordern die schonungslose Offenlegung des Revisionsberichts zu S21 und werden daher auch in Zukunft

OBN BLEIBEN!

Gastbeitrag: Jürgen Hückstädt

Rede zum Antikriegstag am 1. September 2026

VVN-BdA Tübingen-Mössingen

Wir sind heute hier, weil wir Alle gegen Krieg sind. Wir sind hier, weil wir keinen Unterschied machen, von wem der Krieg ausgeht oder ob er uns nützt, sondern wir sehen es als universelles Menschenrecht an, das Leben in Frieden leben zu können. Worüber wir reden müssen, ist, wie der Weg zum Frieden beschritten werden kann.

Die VVN BdA wurde von Widerstandskämpfern und "Verfolgten des Naziregimes" gegründet. Sie schworen, sich "für eine Welt des Friedens und der Freiheit" einzusetzen. Dazu gehört die Analyse, wie es zum Faschismus, insbesondere zum deutschen Faschismus, und zum Zweiten Weltkrieg kommen konnte. In allen faschistischen Staaten der Zwischenkriegszeit gab es Allianzen zwischen Kapitaleignern und Faschisten.

Unsere Lehre daraus ganz kurz und knapp. Ohne Kapitalismus kein Faschismus.

Nun ist es so, dass im antifaschistischen Kampf viele Ressourcen darauf verwendet werden, um gegen die AFD vorzugehen. Das ist gut und richtig, man darf dabei aber nicht übersehen, was nach meiner Meinung ebenfalls eine höhere Priorität genießen sollte: Der Kampf gegen den Kurs der schwarz-roten Regierung, vor allem gegen die forcierte Militarisierung. Die aktuelle Regierung beschließt 700 Milliarden bis 2030 in die Rüstung zu stecken und DAFÜR die Sozialsysteme zu beschneiden. Friedrich Merz möchte „die größte Armee Europas haben“, um uns vor Russland zu schützen. Doch falls Russland gar nicht angreift, weil er sehr gut weiß, dass man sich auch buchstäblich „zu Tode rüsten“ kann, was machen wir dann mit dieser Armee ? Einsatzmöglichkeiten für die größte und teuerste Armee Europas auf dem ganzen Globus wird es in Zukunft genug geben. Man muss nur den USA Hörigkeit beweisen und auf den nächsten völkerrechtswidrigen Angriffskrieg warten. Dies kann nicht im Sinne von jungen Menschen sein, die dafür herhalten müssen.

Wer innenpolitisch immer mehr die Sicherheit thematisiert, läuft Gefahr, Sicherheit über Grundrechte zu stellen und damit Demokratie immer weiter einzuschränken. Wer versucht, mehr Akzeptanz für die Bundeswehr in der Bevölkerung zu schaffen, fördert damit gleichzeitig eine Rechtsentwicklung innerhalb der Bevölkerung. Denn die Bundeswehr ist maximal hierarchisch organisiert. Kein General wird gewählt und die Meinung des Individuums hat keinerlei Relevanz. Wenn dieses militärische Denken weiter in der Bevölkerung verbreitet wird, wird die Zahl derer wachsen, die kein Problem mit militärischen Interventionen haben.

Die Militarisierung ist in vollem Gange. Das Geld ist bewilligt und wird mit beiden Händen zum Fenster rausge-

worfen. Darum müssen wir unseren Sozialstaat beschneiden lassen, UM diese Aufrüstung wenigstens teilweise zu finanzieren, aber auch, um dem eigenen Narrativ zu entsprechen, dass die Bevölkerung in Teilen zu faul und zu krank sei und es demnach nicht verdient habe, vom Staat unterstützt zu werden. Gelder für Demokratieprojekte, für psychotherapeutische Maßnahmen, für Jugendhilfe, gegen Rechtsextremismus, werden gekürzt. Was erwartet man sich davon? Es ist mehr als offensichtlich, dass es dann in Zukunft noch mehr Auflösung der Demokratie, noch mehr psychisch Kranke Menschen und noch mehr Schulabbrecher zur Folge hat. Fast möchte man zynisch sagen, dass es gewollt ist, um die marginalisierten und ausgegrenzten Menschengruppen der Zukunft zu schaffen.

Diese Beschneidung der Sozialsysteme wird gepaart mit einer beispiellosen Aufrüstung und ist verantwortungslos und brandgefährlich.

Einen letzten Punkt möchte ich noch ansprechen. Und dies betrifft nun jeden Einzelnen von uns allen. Ich nenne es „die Militarisierung der Meinungen“, denn es findet eine große Auseinandersetzung um die Meinung in unseren Köpfen statt. Menschen müssen bereit gemacht werden, um in den Krieg zu ziehen, beziehungsweise ihn zu unterstützen. Die Bundeswehr fährt eine große Werbeoffensive, inklusive eigener Serie, Jugendoffiziere an den Schulen und Universitäten, Patenschaften mit Bundeswehr-Bataillonen, das alles soll dazu beitragen, Militär zu normalisieren und möglichst die Gefahren unter den Tisch fallen zu lassen. Weil sich bisher nicht genügend Freiwillige verpflichten, soll erneut die Wehrpflicht eingefügt werden. Krieg kann nur geführt werden, wenn die Narrative geglaubt werden, die ihn rechtfertigen. Wenn man diesen Narrativen nicht folgt und dazu noch die Utopie von einer kriegsfreien Welt vertritt, wird man schnell als "naiv" gekennzeichnet. Und dennoch halte ich es für sehr wichtig, diese Utopie hochzuhalten und immer dann zu widersprechen, wenn Hochrüstung als alternativlos dargestellt wird. Es gibt Alternativen. Die Naheliegendsten sind ein ernsthaftes Bemühen um diplomatische Lösungen und eine Außenpolitik, die einen „gerechten“ Frieden als oberste Maxime hat.

Widersprechen sollten wir auch, wenn schwarz-weiße Bilder gezeichnet werden von den Guten und den Bösen. Auch in anderen Kriegen wurde die Bevölkerung mit Feindbildern der „bösen Franzosen“ oder der „bösen Russen“ auf Kriegstüchtigkeit eingeschworen. Diese vereinfachten Bilder einer komplexen Realität sind unvereinbar mit einer pazifistischen Haltung.

Ich sehe den Kern einer pazifistischen Haltung darin, universell alle kriegsführenden Parteien abzulehnen, egal ob sie Amerika, Iran, Russland, Ukraine, Israel oder Hamas heißen.

Jannik Renz

Gaza: „Handlungsfreiheit“ zum willkürlichen Töten

Neue deutsche Israel-Politik notwendig

Mitte August führten Trumps Schwiegersohn Jared Kushner und Israels Ministerpräsident Netanjahu Gespräche über den Friedensplan für den Gaza-Streifen. Das israelische Militär hält das Gebiet, das es weitgehend zerstört und unbewohnbar gemacht hat, zu über 70 Prozent unter seiner Kontrolle. Es werde keinen Rückzug der israelischen Streitkräfte geben, bis die Hamas nicht vollständig entwaffnet und das gesamte Gebiet entmilitarisiert sei, verkündete der von Trump eingesetzte „Friedensrat“. Israel bestehe zudem weiter auf der „Handlungsfreiheit“ seiner Armee mit Blick auf gezielte Tötungen in dem Küstenstreifen (Frankf. Allgemeine, 17.8.). Jetzt hat der rechtsextreme „Sicherheitsminister“ Ben Gvir offen die Vertreibung von 250.000 Palästinensern in diesem Jahr und weiteren zwei Millionen in den nächsten sechs Jahren angekündigt. Bundesentwicklungsministerin Alabadi-Radovan (SPD) bezeichnet diesen Plan als menschenverachtend und „im Widerspruch zum Völkerrecht“.

Mordpläne von Ben-Gvir

Was unter dieser „Handlungsfreiheit“ zu verstehen ist, gab gleichzeitig Israels rechtsextremer Polizeiminister Itamar Ben Gvir öffentlich bekannt: „Ich betrachte ganz Gaza als unser Gebiet.“ In einem Podcast erklärte er: „Ich finde, in Gaza sollte es gezielte Tötungen geben, jede Nacht 30 bis 40 Menschen. Nicht nur die, die eine unmittelbare Bedrohung sind - es gibt dort Menschen, die es nicht verdienen, zu leben. Sie sollten nicht leben. Sie sind nicht mal Menschen.“ Damit sprach er jedem beliebigen Palästinenser das Lebensrecht ab. Das ist purer Rassismus gegen Menschen, weil sie einer bestimmten Nationalität angehören und unterscheidet sich im Kern nicht vom Hass der Hamas auf Juden. Das Menschenrecht gilt für alle, unabhängig vom Glauben oder der Zugehörigkeit zu einer Religion. Seine Menschenverachtung hatte Ben Gvir schon öfter laut verkündet, so bei seinem Plan, Krokodile in Gefängnissen mit palästinensischen Insassen einzusetzen. Seit der Waffenruhe vom 10. Oktober 2025 hat Israels Armee in Gaza mehr als 1.200 Palästinenser bei Angriffen getötet.

Alles nur „Einzelfälle“?

Ben Gvir ist auch für das Westjordanland zuständig. Dort üben rechtsextreme Siedler seit Monaten Terror gegen die palästinensische Bevölkerung aus mit dem Ziel, sie aus ihren Häusern und von ihrem Grund und Boden zu vertreiben, um das Gebiet zu besetzen und es selbst in Besitz zu nehmen. „Das geplante „E1“-Projekt zwischen Ostjerusalem und der israelischen Siedlung Ma'ale Adumim würde das Westjordanland in zwei Teile zerschneiden, Ostjerusalem isolieren und die Lebensfähigkeit einer Zwei-Staaten-Lösung weiter untergraben. Zudem sei die Region durch Fälle von anhaltender Siedlergewalt zunehmend instabil. Israel plant den Bau von insgesamt rund 3.400 neuen Wohneinheiten“, so der Deutschlandfunk über die Kritik der EU an Israel (24.8.2026). Wehrt sich die palästinensische Bevölkerung gegen den Terror, wird sie monatelang ohne Prozess festgehalten. Während 3.200

Palästinenser inhaftiert sind, hat Israels Verteidigungsminister Katz jegliche Haft gegen israelische Siedler außer Kraft gesetzt (Südwestpresse, 18.8.2026). Zu allem schweigt Netanjahu, auch weil seine Wiederwahl von den rechtsextremen Parteien abhängt.

Zwölf Staaten verhängen Einfuhrverbot

Zwölf europäische Länder sowie Canada haben ein Einfuhrverbot von Waren aus dem Westjordanland beschlossen. Sie protestieren gegen die zunehmende Gewalt rassistischer Siedler aus Israel, die häufig von der Armee gedeckt wird. Der jüdische, britische Außenminister Ed Miliband warf Israels

Regierung vor, im Westjordanland eine ethnische Säuberung der Palästinenser zu betreiben, die gesamte Besetzung des Westjordanlandes sei illegal. Mit ihrem Siedlungsprojekt E1 teile Israel das Westjordanland faktisch, um eine Zweistaatenlösung unmöglich zu machen. Mit ihrer Doppelmoral nimmt die deutsche Regierung nicht am Importverbot der 12 EU-Staaten teil.

Deutsche Reaktionen

Bisher wurde jede öffentliche Kritik in Deutschland an der israelischen Militärpolitik entweder als antisemitisch oder als unvereinbar mit der deutschen Staatsräson für das Exis-

tenzrecht Israels abgebugelt. Jetzt forderte Außenpolitiker Norbert Röttgen (CDU) eine Überprüfung der deutschen Israel-Politik und erklärte: „Ben Gvir beweist sich erneut als menschenverachtender Extremist. Es ist überfällig, dass die EU gegen ihn als Person Sanktionen erlässt.“ Selbst der Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland Josef Schuster distanzierte sich ausdrücklich von Ben Gvir. Es hilft keine Abwiegerei, dass rechtsextreme Minister im Kabinett Netanjahu „Einzelfälle“ wären. Israels Ex-Botschafter Schimon Stein fordert Konsequenzen gegen sein Land und kritisiert die abwegelnde Haltung der Bundesregierung, die den Zusammenhang zwischen der Innen- und Außenpolitik Israels nicht sehe, Außenminister Wadehul müsse konsequent sein und Sanktionen gegen die rechtsextremen Minister Smotrich und Ben Gvir verhängen. Natürlich gilt das besonders für deutsche Waffenlieferungen an Israel, die schon längst wieder aufgenommen worden sind. Daran lässt sich doch gut verdienen! Aber die Bundesregierung hat den Ausfuhrstopp für Waffen und Rüstungsgüter nach Israel im November 2025 wieder aufgehoben und exportierte von Januar bis Juni 2026 Waffen im Wert von 800 Mio. Euro, in diesem Halbjahr viermal so hoch wie im gesamten Jahr 2025. Wenn die CDU die Kritik der Linken an der rechtsextremen Politik der Regierung Netanjahu als „antisemitisch“ bezeichnet, ist das nicht nur weltfremd, sondern ein Angriff auf die weltweite Gültigkeit der Menschenrechte!

Sofortige Einstellungen aller Waffenlieferungen an Israel und Einreiseverbot der rechtsextremen Minister in die EU - Eine neue deutsche Israel-Politik ist nötig!



Zughaltepunkt Dätzweg vielleicht in zehn Jahren

Platz für zweites Gleis vorhanden, aber kein Bebauungs-Beschluss

Seit acht Jahren wird das ehemalige DHL-Gelände stückweise bebaut. Viele Bewohner wurden mit dem Versprechen gelockt, dass dort für die Bahnstrecke Tübingen-Rottenburg-Horb ein zweiter Halt eröffnet wird. Der Investor Instone Real Estate warb mit der Luftblase einer „perfekten Anbindung an die Universitätsstadt Tübingen“. Pustekuchen! Jetzt gibt es sogar wieder Schienenersatzverkehr per Bus nach Tübingen. Die Stadtverwaltung rechnet mit einem Beginn der Bauphase 2035-2037.

Denn die Regionalstadtbahn Tübingen-Horb soll gleichzeitig elektrifiziert werden. Ein offizieller Zeitplan besteht noch nicht. Inzwischen ziehen die ersten Mieter wieder weg, verkaufen Eigentümer ihre Wohnung - auch wegen des Huptones der Züge, den die Bahn wegen des oberirdischen Fußwegs machen muss, der frühmorgens bis fast Mitternacht nicht nur die Bewohner im Dätzweg, sondern bis hoch ins Kreuzerfeld erschreckt.

Kundgebung gegen Sozialkürzungen

Die Kundgebung der Linken vom 25.07.26 am Rottenburger Metzelpfad war mit ca. 50 Teilnehmern gut besucht. Das Thema war der drohende Sozialabbau und die damit zusammenhängende Aufrüstung. Emanuel Peter referierte über die großen Ausgaben der Stadt Rottenburg in den nächsten Jahren. Große Investitionen stehen an, zum Beispiel die Renovierung des Hallenbads und Schulbau, die in den letzten Jahren immer wieder hinausgeschoben wurden. Jetzt muss die Stadt erstmals Kredite aufnehmen und dafür Zinsen zahlen.

Von Mokka e.V. wurde nochmals der Appell an den Landtag verlesen, Zuschüsse für das kreisweit bekannte und beliebte Spielmobil nicht zu streichen. Es ist zwar in Rottenburg beheimatet, steht aber für den ganzen Landkreis zur Verfügung. Symbolisch ist hierbei, dass Spielmobile im Allgemeinen eine Leistung ist, die den bedürftigsten Familien mit ihren Kindern im Speziellen zu Gute kommt, da es kostenlos und in der Nachbarschaft ist. Katharina Poppei, Linke-Kandidatin aus Tübingen, rechnete vor, was sich die verschuldeten Kommunen von den irrsinnigen Mengen Geld alles leisten könnten, wenn 700 Milliarden Euro nicht für Militär ausgegeben würden.

Langsam nimmt der Protest auch Fahrt auf. Am 26.

September ruft der DGB in 15 Städten zum bundesweiten Aktionstag auf, im Ländle in Stuttgart und Freiburg. Unter dem Motto "Hart verdient! Deine Arbeit. Deine Gesundheit. Deine Rente." wird die Bevölkerung aufgerufen, auf die Straße zu gehen, um den Sozialstaat und die Rechte der Beschäftigten zu verteidigen. Leider kann man beim Demoauftritt nicht erkennen, wie eng der Zusammenhang von Sozialstaatsabbau und Hochrüstung ist. Dies liegt sicherlich daran, dass die IG Metall Teil des DGB ist und die Zukunft vieler Mitglieder in der Rüstungsbranche vertreten wird.

<https://www.dgb.de/mitmachen/kampagnen/aktionstag-sozialstaat/>

Wer also noch weiter protestieren will, kann am 03.10.26 nochmal nach Stuttgart kommen. Dann wird für Frieden, demokratische Rechte und soziale Sicherheit demonstriert.

<https://nie-wieder-krieg.org/demo-03-10-26/>

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

Je stärker **DIE LINKE.
desto sozialer das Land!**

EU genehmigt neue deutsche Gaskraftwerke

Zahlen müssen alle Stromkunden

Die EU hat den umstrittenen Bau neuer Gaskraftwerke wegen angeblicher „Versorgungssicherheit“ bei so genannten „Dunkelflauten“ genehmigt. Die Bundesregierung darf sie mit 35 Milliarden Euro fördern – ABER: Ab 2031 müssen alle Stromkunden über eine neue Umlage die Zeche dafür bezahlen! Kraftwerksbetreiber können sich bei einer Auktion um diesen Ausbau bewerben, der mit 11 Gigawatt bereits Ende 2031 ans Netz gehen soll. Erst 14 Jahre später soll der Betrieb dieser Kraftwerke „klimaneutral“ werden, will heißen: mit Wasserstoff laufen. Bis dahin wird er extrem umweltschädlich mit Erdgas betrieben, dabei entstehen klimaschädliche Gase. Die Kraftwerke sollen nur dann eingesetzt werden,

wenn zu wenig Wind- und Sonnenenergie erzeugt werden. Parallel dazu soll der Ökostromausbau weitergehen und bis 2030 mindestens 80 Prozent des Stroms aus nicht fossilen Energien wie z.B. Wind und Sonne erzeugt werden.

Reiches Teilerfolg

Damit hat die E.ON-Lobbyistin und jetzige Wirtschaftsministerin Katharina Reiche einen Teilerfolg erzielt. Mit verschiedenen Mitteln hatte sie mehrfach versucht, die Produktion auf erneuerbaren Energien zurückzudrängen und zum Beispiel die Einspeisung von Energie aus 8.300 Biogas-Anlagen verhindert. Bis heute hat sie das Versprechen gebrochen, die Strompreise für Privatverbraucher zu senken. Dafür hat sie die Strompreise für die Industrie auf fünf Cent/ Kilowattstunde beschlossen. Dabei schließt Reiche in den aktuellen Ausschreibungen ausdrücklich den Bau von Speichern aus, obwohl die EU Großbatteriespeicher für Ausschreibungen fordert. Laut Tagesschau liegt der Preisanstieg bei Strom in erster Linie an gestiegenen Gaspreisen. Dabei gilt in Europa: Das teuerste Gaskraftwerk setzt den Preis für alle eingesetzten Kraftwerke fest.

Aktuell zahlt ein Haushalt mit einem Jahresverbrauch von 4.000 Kilowattstunden im Schnitt rund 28 Cent/ Kilowattstunde Strom Schnitt (Verivox). Für neu eingebaute Gas- und Ölheizungen müssen Wohnungseigentümer eine sogenannte „Bio-Treppe“ vorsehen, die ab 1. Januar 2029 einen Anteil von mindestens zehn Prozent erneuerbare Energien haben muss. Dieser Anteil steigt jedes Jahr und soll 2040 mindestens 60 Prozent erreichen.



Kurz und bündig!

Flamingo-Protest in Albanien

Seit Monaten demonstrieren Zehntausende in Albanien gegen die Zerstörung eines Naturschutzgebietes, zugleich gegen den Ministerpräsidenten Edi Rama, dem sie Korruption vorwerfen. Denn in diesem Gebiet ein Reservat für Flamingos und zahlreiche Vogelarten, soll für Luxus-Resort für fünf Milliarden Euro entstehen, im Küstenort Zvërnec nahe der Hafenstadt Vlora, rund 150 Kilometer südwestlich der Hauptstadt Tirana. Der Komplex umfasst einen Privathafen für 350 Superyachten, ein Casino, ein Wasserpark, ein Reitzentrum und ein Yachtclub. Finanziert wird das Projekt vor allem von Trumps Schwiegersohn Jared Kushner, der auch für ähnliche Projekte im Gaza-Streifen seine Finger im Spiel hat.

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Je stärker **DIE LINKE.**
desto sozialer das Land!

Gäubahn ausbauen und elektrifizieren

Bundesregierung missachtet Staatsvertrag und Bevölkerung im Süden

Auf ihrem Weg von Konstanz nach Stuttgart machten die Fahrrad-Demonstranten in Ergenzingen Halt und wurden von rund 50 Unterstützern begeistert empfangen. Das Landesbündnis Pro Gäubahn, bestehend aus mehr als 18 Organisationen, hatte die Demonstration organisiert und überall für die sofortige Wiederherstellung der Zweigleisigkeit Horb-Tuttlingen Unterstützung bekommen. Es geht auch um den Erhalt der Direkt-Anbindung der Gäubahn bis zum Stuttgarter Hauptbahnhof. Hinterfragt wird der Pfaffensteigtunnel, denn die Anbindung des Tunnels bei Böblingen-Goldberg wird die Bahnverbindung nach Stuttgart mindestens für 15 Monate unterbrechen, das kennt man ja vom Bau Stuttgart 21!

Staatsvertrag mit der Schweiz

Deutschland, die drittstärkste Wirtschaftsnation der Welt, leistet sich den Luxus des Vertragsbruchs mit der Schweiz seit 1996! Der Vertrag von Lugano sollte unter anderem die Verbindung Stuttgart-Zürich herstellen, um damit den Nordzulauf für die Neue Alpendurchquerung via Gotthard-Basistunnel zu ermöglichen. Längst hat die Schweiz ihren Teil erfüllt, Deutschland blamiert sich weiter und verschiebt die Fertigstellung auf den St.-Nimmerleinstag. Schon vor Jahren hatte die Basler Zeitung Deutschland einen „Drittweltstaat“ genannt, wenn es um Infrastruktur und Verkehrspolitik geht. Besonders betroffen sind Berufspendler nach Stuttgart aus dem Süden des Ländle und eine der wichtigsten Bahnverbindungen zwischen Nordeuropa und Italien! Dabei kostet der zweigleisige Streckenabschnitt nur einen Bruchteil von den 3,5 Milliarden Euro, die für den Pfaffensteigtunnel vorgesehen sind.



Foto: E. Peter

Bahn neu denken

„Wir müssen die Bahn von unten neu denken. Vom Nutzer her und nicht von Berlin aus“, fasste die ehemalige Gemeinderätin Marlene Fischer die Stimmung der Anwesenden zusammen. Ein Zuhörer war skeptisch: „Als ein Daimler-Manager aus dem Vorstand in den Bahn-Aufsichtsrat wechselte, war mir klar, dass hier nichts passiert!“ Denn schließlich will Daimler seine LKW-Sparte weiter gewinnbringend auf den Markt bringen. 2017 wurden nur 17 Prozent aller Güter mit der Bahn transportiert, 72 Prozent von LKWs auf unseren überfüllten Autobahnen. Doch die Regierung hat von Umweltschutz seitdem wenig gehört noch gelernt: Es darf weiterhin unsere Luft verpestet werden: Obwohl LKWs nur fünf Prozent des Verkehrs ausmachen, beträgt ihr CO₂-Ausstoß über 25 Prozent!

Einen Hoffnungsschimmer verkündete der Landessprecher des Pro-Gäubahn-Bündnisses Leibrecht, als er auf die Bundestagswahl 2030 und die Landtagswahl 2031 hinwies. Aber wie alle bisherige Erfahrung zeigt: Ohne großen Druck durch die Bevölkerung wird sich wenig ändern!

Landesmedienzentrum verschwendet Millionen

Kreisrat Hallmayer kritisiert CDU Stellenpolitik

Kürzlich nutzte Kurt Hallmayer, Kreisrat und Ortsvorsteher von Frommenhausen (CDU), seine Rathausrunde, um seine Wut über die Stellenpolitik der Landesregierung von Özdemir/ Hagel zu äußern. Denn Grüne und CDU spendieren sich in Stuttgart je 30 neue Personalstellen, laut Hallmayer für mehrere Millionen Euro pro Jahr. Gleichzeitig predigt die Landesregierung den Kommunen einen Sparkurs und entlässt 4.000 gut ausgebildete Lehrer-Referendare in die Arbeitslosigkeit. Diese „Sparsamkeit“ auf Kosten der Lehrkräfte ist bundesweit berüchtigt und einmalig. Einige werden bei Schuljahresbeginn eventuell „nach Haushaltslage“ eingestellt. Als ob eine Lehrkraft mit der Unterrichtsvorbereitung für mehrere Klassen erst am ersten Schultag beginnen würde.

„Kult der Verschwendung“

Doch es kommt noch dicker mit der Selbstbedienungsmentalität: Laut Rechnungshof (135 Seiten Prüfbericht!) haben drei Führungskräfte des Landesmedienzentrums (LMZ) unkontrolliert mehrere Jahre lang mithilfe von Kreditkarten Ausgaben in bisher unbekannter Gesamthöhe getätigt. Das LMZ mit seinen 350 Mitarbeitern erhält jährlich sieben bis neun Millionen Zuschüsse und zahlte davon großzügige interne und externe Bewirtungen und Ausflüge, die Südwestpresse nennt dies eine „Kultur der Verschwendung“. Dazu gehören z.B. knapp 900 Euro für einen „Abteilungs- und Stabsstellentag“, für ein Treffen für den „Digitalpakt Schule“ für 12 Teilnehmer in einem Industrial-Loft-Style für Verpflegung rund 5.400 Euro und dann noch einmal für eine Beratungsfirma 11.900 Euro. Im Oktober kostete eine Taxifahrt einer Führungskraft für eine Führungsperson vom Wohnort nach Baden-Baden - hin und zurück 320 Kilometer – 1.180 Euro. Hinzu kommen teure Hard- und Software und Spekulationen mit 33.000 Euro für Kryptowährungen! Jetzt soll das LMZ wohl zerschlagen und einige leitende Mitarbeiter zur Rechenschaft gezogen werden. Der Rechnungshof kritisiert: „Besonders beunruhigend ist, dass ein großer Teil der Prüfungsergebnisse Vorgänge in Leitungs- oder leitungsnahe Bereiche betrifft.“ Darüber war das Kultusministerium unter Leitung von Theresa Schopper (Grüne) seit Mai 2025 informiert, verkün-

dete aber im September 2025, „dass in allen Programmen die gesteckten inhaltlichen und quantitativen Ziele erreicht wurden.“ Mitte Februar 2026 leitete sie drei Disziplinarmaßnahmen gegen LMZ-Mitarbeiter ein, die aber erst Ende März darüber informiert wurden.

Falsche Bildungs-Prioritäten

Schon die Blamage mit über 1.400 Lehrerstellen, die jahrelang nicht besetzt wurden, was niemandem aufgefallen ist, zeigt das Chaos im Bildungsbereich der letzten Jahrzehnte und eine falsche Priorität für digitale Bildung: Computer anstelle von gut ausgebildetem Personal (Pädagogen, Schulsozialarbeiter, Psychologen) für den Unterricht. Der „grüne“ Finanzminister Bayaz will das Ländle zum Silicon-Valley Deutschlands machen. Kein Wunder, dass man den Führungskräften des LMZ keinerlei Steine in den Weg legen will und sie bei ihrem Experimentieren (mit unserem Steuergeld) nicht den Mut nehmen will. Doch in den letzten Jahren mehrten sich die Anzeichen kritischer Stimmen, die vor einem verfrühten Einsatz von Computern im Unterricht warnen. Schon 2016/17 untersuchte die BLIKK-Studie des Bundesgesundheitsministeriums deutschlandweit fast 5.600 Kinder im Alter bis 14 Jahren und kam zum Ergebnis: „Die Folge der Nutzung digitaler Medien sind Sprachentwicklungs- und Konzentrationsstörungen, körperliche Hyperaktivität, innere Unruhe bis hin zu aggressivem Verhalten. Auch Säuglinge leiden unter Essens- und Einschlafstörungen, wenn die Mutter, während sie das Kind betreut, auch digitale Medien benutzt.“ Die grüne Digital-Euphorie hat ihren Preis: Während der Corona-Pandemie wurde in aller



Schnelle und zur Freude der Internet-Konzerne im März 2020 der „Digitalpakt Schule“ aus der Taufe gehoben. Allein in Stuttgart gibt es jetzt 34.000 Tablets, 19.300 PCs und 16.300 Notebooks an den Schulen, 7.000 Geräte für die Lehrkräfte kommen noch hinzu.

Wir brauchen eine grundlegende Umkehr in der Bildungspolitik, die aus unseren Kindern nicht spielsüchtige Internet-Freaks macht, sondern Bildung aus ihrer natürlichen Entwicklung begleitet. Das Konzept der Neuen Sekundarstufe von Tübinger Pädagogen und Wissenschaftlern ist ein guter Beginn dafür.

Landtagswahl in Sachsen-Anhalt

Drei Direktmandate für Die Linke

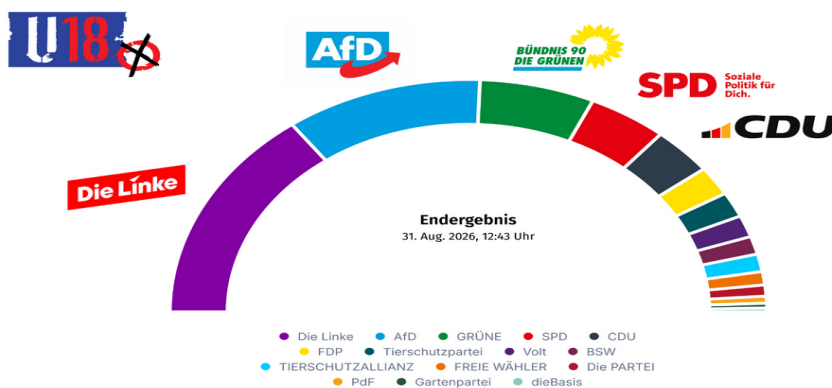
In Sachsen-Anhalt haben knapp 44 Prozent die AfD gewählt, das wird von den Rechtsextremen in Europa und den USA gefeiert. Als einzige demokratische Partei gewann Die Linke in den Städten Halle und Magdeburg drei Direktmandate. Die drei Tübinger Abgeordneten (Naser, Lede-Abel und Kliche-Behnke) sind erschüttert über das Abschneiden der AfD. Keiner von ihnen stellt sich die Frage, welchen Anteil seine Partei daran hatte. Laut Wahlanalyse (ARD) war für die WählerInnen die Soziale Sicherheit das wichtigste Thema im Bundesland mit dem niedrigsten Durchschnitt bei Löhnen! Kein Wunder bei den großen Kürzungen, die uns als „Reformen“ verkauft werden (Gesundheit, Renten, Pflege) und die die soziale Spaltung weiter vorantreiben. Das ist der Nährboden für die Sozialdemagogie und den Rassismus, den Weidel auch in ihrer Haushaltsrede betrieb und Gas aus Russland (für Putins Kriegskasse) und neue Atomkraft gegen Reiches Ausplünderung an den Tankstellen anpries. Wo bleibt bei den drei Abgeordneten die (finanzielle) Stärkung der Kommunen mit jährlich 30 Mrd. Euro (Forderung Dt. Städtetag), wo die Verteidigung unseres Sozialstaats gegen neoliberale Kürzungen bei Kindern, Familien, Menschen mit Behinderungen und beim Klimaschutz? Kein „Weiter so“? Fehlanzeige! In Rottenburg sollen auch die Zuschüsse für das beliebte Spiel-Mobil komplett gestrichen werden. Ähnliches gilt für das Theater Hammerschmiede, das nicht nur tolle Theaterstücke aufführt, sondern auch schöne Musik-Events organisiert und seit Jahren unersetzliche pädagogische Theaterarbeit mit Jugendlichen leistet. Ab 2028 sollen alle Zuschüsse ersatzlos gestrichen werden. Die Multimilliardäre sind uns zu teuer, sie müssen endlich zur Kasse gebeten werden!

Bundesweiter Protest gegen AfD

Am Wochenende nach der Wahl in Sachsen-Anhalt haben in über dreißig Städten mehr als 120.000 Menschen gegen den rechten Vormarsch in Sachsen-Anhalt und für ein weltoffenes Deutschland, für gleiche Rechte aller Menschen, unabhängig von Geschlecht, Nationalität und Religionszugehörigkeit fröhlich und bunt demonstriert: „Für bunte Vielfalt statt brauner Einfalt“.

Die Kommunalwahl in Niedersachsen hat gezeigt, dass ein Durchmarsch einer Partei, die der Verfassungsschutz als gesichert „rechtsextrem“ beurteilt, nicht gelingt, wenn sich alle Demokraten und Sozialisten dagegen stemmen, „No pasaran!“

Dafür werden auch Tausende auf den DGB-Demonstrationen in über 35 Städten eintreten: Meldet euch an! Auf zur DGB-Demo in Stuttgart und Freiburg am 26. September!



Ergebnis der U-18 Wahl in
Sachsen-Anhalt

Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land! **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker DIE LINKE. desto sozialer das Land!**

70 Initiativen fordern bundesweiten Mietendeckel

Wohnen wird zum Armutsrisiko

In seiner Umfrage des Deutschen Mieterbundes antworteten über die Hälfte der Teilnehmer, dass ihre Wohnkosten im letzten Jahr erhöht worden sind. Deshalb haben sie bei Ausgaben für Kleidung, Möbel und Haushaltsgeräte gespart. Denn die Inflation steigt gleichzeitig weiter an.

Jetzt fordern über 70 Initiativen von der Bundesregierung einen sofortigen Mieterhöhungsstopp für sechs Jahre, eine Absenkung bestehender Mieten auf den örtlichen Durchschnitt und einen Preisdeckel bei Neuvermietungen. Die bundesweit angelaufene Kampagne wird u.a. von der Linken, der Ver.di-Jugend und dem Berliner Landesverband der Grünen und Mietervereinen in ganz Deutschland unter-

stützt. Dagegen glänzte die Berliner SPD bei der Präsentation vor dem Reichstagsgebäude durch Abwesenheit, die Bundesbauministerin Hubertz (SPD) findet die Forderungen „unrealistisch“ und fährt die ehemalige Arbeiterpartei weiter gegen die

Wand. Der Bundesverband der Grünen will alles auf die Länderebene verlagern. Dagegen hat Elif Eralp, Spitzenkandidatin der Berliner Linken, ein Rechtsgutachten vorgestellt, das einen bundesweiten Mietendeckel für rechtlich zulässig hält. Aber vielleicht lernen SPD und Grüne doch noch irgendwann dazu?!



Kurz und bündig!

AfD: Rüstung für „Remigration“

Sachsen-Anhalts AfD-Spitzenkandidat Ulrich Siegmund hat nach der konstituierenden Fraktionssitzung der AfD im Magdeburger Landtag auf die Frage eines Journalisten nach der geplanten Ansiedlung eines israelischen Rüstungskonzerns geantwortet: „Wir verteufeln nicht pauschal Produktion von Rüstungsgütern, weil wir bei (der) späteren Remigrations- und Abschiebeoffensive natürlich auch entsprechende Hilfsmittel brauchen. Natürlich auch im Sinne der inneren Sicherheit, der eigenen Stabilität und auch der Landesverteidigung.“ Dies führte zu einem heftigen Protest bei vielen Parteien, selbst des BSW. Die Fraktionsvorsitzende der SPD-Landtagsfraktion, Katja Pähle, bezeichnete dies als eine neue Qualität in der Politik: „Wer bei der angekündigten Massenausweisung von Menschen aus Sachsen-Anhalt ausgerechnet Rüstungsgüter ins Spiel bringt, spricht über Gewalt als Mittel der Politik.“

Je stärker **DIE LINKE. desto sozialer das Land!** **Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer das Land!** **Je stärker **DIE LINKE.** desto sozialer das Land!**

See not rescue – Mayday auf dem Mittelmeer

Theaterstück in der Zehnscheuer

„Ein Notruf, der nicht gehört wird, ein Theaterabend, der nicht schweigt – das ist die Motivation für die Stadt Rottenburg am Neckar, diese aufwühlende Theaterproduktion in die Zehnscheuer zu holen. Rottenburg ist seit 2019 ‚Sicherer Hafen‘ und Gründungsmitglied im gleichnamigen bundesweiten Städtebündnis. Basierend auf Originaldokumenten, Funkprotokollen und eigens geführten Interviews erzählt der Abend von den Strukturen, Entscheidungen und Verhinderungen, die Europas Umgang mit Flucht von Menschen, die überlebt haben.“ (aus der öffentlichen Ankündigung)

Freitag, 25.9.2026 um 20 Uhr (Einlass ab 19 Uhr) in der Zehnscheuer!



Friedhold Ulonska, der Rottenburger Kapitän, der seit 10 Jahren ehrenamtlich und unter Einsatz seines Lebens, im Mittelmeer schon Tausende Menschen vor dem Ertrinken gerettet hat, schreibt in seinem Beitrag für „Neues aus dem Neckartal“ über das neue, menschenverachtende der EU „Gemeinsamen Europäischen Asylsystems“ (GEAS): „Im europäischen Asylsystem treibt Deutschland die Entrechtung Flüchtender auf die Spitze Menschen, die in Europa Schutz suchen, werden an den Grenzen eingesperrt, Kinder und verletzte Menschen eingeschlossen. Nach einer ersten Auslese werden viele von ihnen direkt wieder abgeschoben, einen Asylantrag dürfen sie gar nicht erst stellen. Für die Übrigen haben die Behörden mindestens 12 Wochen Zeit, Gründe für Ablehnung zu finden. Bis es dann zur Abschiebung kommt, bleiben die Menschen bis zu 2 Jahren inhaftiert, oft außerhalb Europas. Wer keinen Schutzstatus erhält, wird abgeschoben – man nennt das beschönigend „Rückführung“. Wer ausreisepflichtig ist, muss an seiner Ausreise mitwirken und kann bis dahin bis zu 24 Monate inhaftiert werden. Solche Abschiebelager sollen auch in Staaten außerhalb der EU eingerichtet.“ Dazu führt Bundesinnenminister Dobrindt (CSU) aktuell Verhandlungen mit Staaten außerhalb Europas.

Termine:

23.09. Kommunalpolitischer Arbeitskreis

19.00 Uhr AWO-Heim Rottenburg

26.09. DGB Aktionstag in Stuttgart

03.10. Friedensdemo in Stuttgart

Anregungen und Beiträge richten Sie bitte an

Dr. Emanuel Peter (EP)

Zieglerweg 3, 72108 Rottenburg

Tel: 07472-42096, E-Mail: emanuelpeter@gmx.de



Jannik Renz

Feuergässle 3, 72108 Rottenburg

V.i.S.d.P.

Hans Jürgen Petersen (PE), 72108 Rottenburg

